Saskatchewan Courier

Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der
Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd.

Redaktion und Expedition:
Hamilton St., Regina, Sask.
Telephon 657. - P. O. Box 452.

Abonnementspreis:

In Canada	$1.00
In den Vereinigten Staaten	$1.50
In Europa	$2.00

Korrespondenzen, Mitteilungen, Anzeigen und Aenderungen stehender Anzeigen müssen spätestens bis Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Adressenänderungen von Lesern sollten uns sofort mitgeteilt werden, desgleichen sind die Abonnenten gebeten, die Expedition sofort zu benachrichtigen, falls ihr Blatt ausbleibt oder Verzögerung in der Zustellung vorkommt, damit dieselbe darüber bei der Post Erkundigungen einziehen und Abhilfe schaffen kann.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen finden jederzeit gerne Aufnahme. Ständige Korrespondenten überall gesucht.

Editorielles.

Von Moose Jaw wurde kürzlich berichtet, daß ein Ratsherr der City ein Nebengesetz einbringen wolle, demzufolge „Kinder" unter 17 Jahren sich nicht nach 9 Uhr mehr auf den Straßen der Stadt ohne Aufsicht ihrer Eltern resp. Vormünder aufhalten dürften.

Sind das aber große Kinder in der City Moose Jaw, daß sie einen Mann mit solchen vorsintflutlichen Ideen zum Ratsherrn wählen konnten! Fehlte nur noch, daß sie ihn zum Bürgermeister machten.

Und dabei nennt die Stadt sich City. Auf Deutsch etwa: Großstadt.

Ist zum Lachen, solche Weltverbesserer! Aber, merkt Euch das: mit solchen Gesetzen könnt Ihr die Jugend nicht auf eine höhere moralische Stufe bringen. In der Schule muß das geschehen. Zucht, Ordnung und Pflichtgefühl — diese Dinge gehören zur Erziehung und gerade diese fehlen in den meisten unserer Schulen. Das ist nicht sehr erhebend — ist aber wahr.

* * * *

Sehr vernünftig und gerecht denkend zeigten sich kürzlich die deutschen Ratsherren der Stadt Regina.

Die Sache war ungefähr folgende: Ein Mann namens Meier hatte östlich vom Marktplatz ein Grundstück auf drei Jahre zum Preise von 35 Dollars pro Monat gepachtet. Er beabsichtigte hier ein Holzgeschäft (Lumber Yard) zu errichten. Die Leute, die in der Umgebung des Grundstücks wohnten, hatten nichts gegen den Plan einzuwenden.

Aber die Stadt war dagegen, d. h. ein großer, einflußreicher Teil der Bürger wollte nicht, daß die Lumber Yard dort errichtet werden sollte. Wahrscheinlich war es Brotneid von anderen Holzhändlern, die die Konkurrenz fürchteten und nun alles taten, was sie konnten, um den gefürchteten Konkurrenten fern zu halten.

Herr Kramer brachte einen Antrag ein, daß das Gesuch des Herrn Meier genehmigt werde, da der Platz der Lumber Yard außerhalb des „Fire Limit" liegt, der nur bis Osler Str. geht. Er wurde von Herrn Kusch unterstützt. Auch Alderman Willinson war dafür. Doch fiel der Antrag bei der Abstimmung durch.

Die Folge ist, daß die Lumberyard nicht nach Germantown kommt und daß der Unternehmer ein gutes Stück Geld verliert. Auch sei es gesagt, daß die Stadt mit dieser Handlungsweise durchaus nicht im eigenen Interesse gehandelt hat. Anstatt Industrien und Geschäfte zu ermutigen, sich hier zu etablieren, hat sie in diesem Fall das Gegenteil getan.

Der Standard war dabei mal wieder etwas falsch berichtet, indem er behauptete, die Stadt hätte das Gesuch abgeschlagen, weil sie nicht wolle, daß solche Geschäfte sich im Herzen der Stadt niederließen. Das war aber, wie gesagt, nicht der Fall.

Alles in allem können wir nur wiederholen, daß wir glauben, die deutschen Aldermänner haben den richtigen Standpunkt eingenommen und zu bedauern ist es, daß es nicht in ihren Kräften stand, ihre Ansicht durchzusetzen.

Ausland.

Deutschland.

— Die Messerattentate, durch welche die Bevölkerung Berlins und der nächsten Umgebung in die größte Aufregung versetzt worden, nehmen ihren Fortgang. Den gemeldeten 5 Angriffen auf Frauen und Mädchen sind weitere fünf gefolgt. Die Opfer trugen indeß keine gefährlichen Verletzungen davon.

Die Polizei ist jetzt überzeugt, daß eine ganze Anzahl Strolche, welche sich über Stadt und Weichbild verteilt haben, die Verüber der unheimlichen Verbrechen Verbrecher sind. Die Angst unter dem Publikum wird immer größer. Zahlreiche Frauen sind völlig hysterisch geworden, und von ihnen werden alle möglichen Personen verdächtigt, die jedoch in fast allen Fällen auf der Stelle ihre Schuldlosigkeit darzutun vermögen.

Die Tatsache, daß ungeachtet des strengen Patrouillendienstes, welcher seit zwei Tagen eingerichtet ist, die Uebeltaten fortgesetzt werden können, ohne daß man den Verübern auf die Spur kommt, wirkt auf die Behörden geradezu verblüffend. Es haben sich seit dem Beginn der Schreckenstaten nicht weniger als 25 Attentate ereignet.

Die Polizei steht vor einem Rätsel. Einstweilen ist die Belohnung von tausend Mark, welche vor ein paar Tagen auf Habhaftwerdung des Täters ausgesetzt war, auf dreitausend Mark erhöht worden. Zugleich hat die Behörde eine Bekanntmachung erlassen, in welcher um die Mitwirkung des Publikums dringend gebeten wird, damit dem Verbrecher das Handwerk gelegt werden kann. Alle verfügbaren Beamten leisten Patrouillendienst, und es giebt kaum noch einen Bezirk in Stadt und Umgebung, wo nicht der strengste Sicherheitsdienst geübt würde. Die Aufregung über die Schreckenstaten ist andauernd im Wachsen begriffen. In weiten Bevölkerungskreisen herrscht eine förmliche Panik.

Vielmehr richten auch die Hausbesitzer-Vereine einen Wachdienst ein, um der Polizei Beistand zu leisten. Die Bewohner wechseln in den einzelnen Straßen im Dienst ab.

Viele Personen erklären, den Verbrecher gesehen zu haben, und die Beschreibungen stimmen in den meisten Fällen überein, so daß die Polizei zu dem Schlusse kommt, daß sie alle von ein und demselben Manne verübt wurden. Zeugen der Attentate haben jedoch ihre Tätigkeit hauptsächlich darauf beschränkt, den angegriffenen Frauen zu helfen und haben den Angreifer entkommen lassen.

Verschiedene Verhaftungen sind vorgenommen worden.

— Auf der Werft von Blohm & Voß in Hamburg ist das größte Schwimmdock der Welt jetzt dem Betrieb übergeben worden. Dasselbe hat eine Kapazität von nicht weniger als 35,000 Tonnen und wurde zum Eindocken des neuen Riesendampfers „Cleveland" von der „Hamburg-Amerika-Linie" bestimmt. Die „Cleveland", ebenfalls auf der Werft von Blohm & Voß erbaut, ist am 26. September v. J. vom Stapel gelassen worden.

— Großes Unheil hat das Hochwasser der Elbe und einiger ihrer Nebenflüsse angerichtet. Die Provinz Sachsen ist am schwersten heimgesucht worden. Aus vielen Orten laufen Hiobsposten ein, die teilweise von großer Notlage berichten. Der gesamte Umfang der durch die Fluten herbeigeführten Verwüstungen läßt sich noch nicht annähernd feststellen. An zahlreichen Stellen sind Dammbrüche vorgekommen, durch die eine förmliche Kalamität hervorgerufen worden ist.

Die Provinz- und Gemeinde-Verwaltungen greifen tatkräftig ein. Es sind umgehend Notarbeiten angeordnet worden, um den Geschädigten wirksame Hilfe zu bringen. Vieh und Wild sind scharenweise ertrunken. Der Beistand, welchen Provinz und Gemeinden leisten, reicht jedoch bei weitem nicht aus, um Not und Elend zu steuern. Infolge dessen wird der preußische Landtag angegangen werden, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, damit den durch die Hochwasser-Katastrophe Betroffenen auf längere Zeit über das schlimmste hinweggeholfen werden kann.

— Deutschland und England haben den König Alfons von Spanien um die Ernennung eines Schiedsgerichts ersucht, welches die Grenze von Deutsch-Südwest-Afrika und der Walfischbai festlegen soll. Der Schritt ist zweifellos eins der Ergebnisse der Verhandlungen, welche gelegentlich des jüngsten Aufenthalts des Königs Edward in der deutschen Reichshauptstadt zwischen den beiderseitigen Staatsmännern stattgefunden haben. Die genaue Bestimmung jener Grenze hat sich als ein schwieriges Stück Arbeit erwiesen. Die Walfischbai ist ein sicherer, aber dann [illegible] der Verbindung ausgesetzter Hafen des Atlantischen Ozeans, an der Westküste Südafrikas, von dem Gebiet Deutsch-Südafrikas rings umgeben, westlich durch eine Landzunge teilweise vom Meere abgeschlossen. Die Walfischbai gehört zur britischen Kapkolonie und wurde im Jahre 1878 nebst dem umgebenden Landstrich durch die Engländer in Besitz genommen.

— Die argentinische Militärkommission, deren Kommen Mitte Januar angekündigt wurde, ist nunmehr in Berlin unter der Führung des Intendanten Gen. Seeber vom argentinischen Kriegsministerium, einem Deutschen, eingetroffen. Sie hat den Auftrag, das bei der Firma Krupp in Essen und der Berliner Gewehrfabrik von Ludwig Loewe & Co. bestellte Kriegsmaterial abzunehmen, welches einen Wert von nicht weniger als 150 Millionen Mark repräsentiert. Die Anzahl der zur Ablieferung kommenden Gewehre beläuft sich auf 200,000.

— Reichskanzler Fürst v. Bülow hielt beim Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrats eine bedeutende Rede, in welcher er alle wichtigen Fragen der inneren und äußeren Politik des Reichs Revue passieren ließ. Zunächst erging sich der Kanzler in Aeußerungen zum Lob der Landwirtschaft. Er hob auch deren Bedeutung für die Wehrkraft hervor und sprach die Hoffnung aus, daß der Friede erhalten bleiben werde. Fürst Bülow betonte dann die Bedeutung der Finanzreform. Von deren Lösung hänge die Ehre, Wohlfahrt, Macht und Sicherheit des Landes ab.

Bezüglich des jüngsten Aufenthaltes des britischen Monarchen in der deutschen Reichshauptstadt erklärte der Kanzler: „Die würdige und glückliche Art und Weise, wie König Edward's Besuch verlief, tat nicht nur dar, wie sehr beide Monarchen das Vorhandensein guter Beziehungen zwischen den beiden Reichen wünschen, sondern gab auch beiden Völkern eine Gelegenheit, ihr Verlangen nach einem guten Verhältnis kundzutun."

Dann kam der Kanzler auf die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu sprechen. Er sagte:

„Das Marokko-Abkommen ist für beide Teile ehrenvoll und praktisch und hat, wie der Besuch des britischen Königs, den westlichen Horizont geklärt. Ich hoffe, daß es gelingen wird, auch im Osten die Wolken zu zerstreuen."

Fürst Bülow schloß mit einem nachdrücklichen kraftvollen Appell zu Gunsten der Reichsfinanzreform. Um den Frieden des Reiches sicher zu stellen, ist, neben der militärischen, auch finanzielle Bereitschaft erforderlich. Ein Weg zur Verständigung könne und müsse gefunden werden. Er nahm mit Bestimmtheit an, daß die Landwirtschaft bei Erfüllung dieser Aufgabe nicht versagen werde.

Oesterreich-Ungarn.

— Den tschechischen Herren und Fortschrittlern, welche alle Hebel in Bewegung gesetzt haben, um den Hader zwischen Tschechen und Deutschen zu schüren und die Gegensätze zu verschärfen, scheint es an den Kragen gehen zu sollen. Gegen den Abgeordneten Kloiar, einen der schlimmsten Radaubrüder im Reichsrat, ist in Prag Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden. Dies wurde halb und halb erwartet, nachdem in der zweiten Januarwoche Korrespondenz mit Beschlag belegt worden war, welche für Kloiar kompromittierend war.

Auch gegen den tschechischen Führer Choc ist ein Verfahren begonnen worden, und zwar wegen Aufreizung zu Feindseligkeiten gegen eine andere Nationalität.

— Die plötzliche Aenderung, welche sich in der türkischen Regierung durch den Sturz des bisherigen Großveziers Kamil Pascha und die Berufung Hilmi Paschas zum Nachfolger, sowie die sonstigen Umwälzungen im Ministerium vollzogen hat, wird in Wiener maßgebenden Kreisen gutgeheißen. Man beurteilt den Wechsel von dem Gesichtspunkt aus, welchen Einfluß er auf die derzeitige Balkan-Situation im allgemeinen und auf die Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei im besonderen haben könnte. Es herrscht hier die Ueberzeugung vor, daß die Wendung der Dinge in Konstantinopel keine Verzögerung in der Erledigung der Annexionsfrage zur Folge haben wird, Das auf die Einverleibung von Bosnien und der Herzegowina bezügliche Protokoll, welches jüngst von der Pforte nach Wien gesandt wurde, ist nach sorgfältiger Prüfung nach Konstantinopel zurückgeschickt worden. Ein Abschluß der einschlägigen Verhandlungen wird baldigst erwartet.

In Verbindung damit mag das Dementi einer Nachricht erwähnt werden, welche gewisses Aufsehen gemacht hatte. Die Meldung hatte dahin gelautet, daß Oesterreich-Ungarn der Türkei die Verteidigung des Sandschaks Novibazar versprochen habe für den Fall, daß es zu Feindseligkeiten kommen sollte. Novibazar, welches früher von Oesterreich-Ungarn besetzt war, aber von ihm unlängst geräumt wurde, um die Türkei der Annexion von Bosnien und der Herzegowina geneigter zu machen, ist strategisch äußerst wichtig. Es beherrscht die Verbindung zwischen den beiden Provinzen und der Türkei und hindert die Verbindung Serbiens mit Montenegro. Die in Rede stehende Meldung wird jedoch mit größter Entschiedenheit in Abrede gestellt.

Dagegen erfährt eine aus Budapest verbreitete Nachricht, die zugleich anzeigt, wie kritisch augenblicklich die ganze Balkan-Situation ist, hier volle Bestätigung. Darnach erhalten die Monitore der k. u. k. Kriegsmarine vom Kriegshafen Pola aus mehr Offiziere und Mannschaften zugeteilt, so daß sie für den Ernstfall völlig equipiert sind. Zugleich ist ihnen der gemessene Befehl zugegangen, daß sie jederzeit aktionsbereit sein müssen.

— Eine Depesche meldet, daß Oesterreich-Ungarn in kurzer Zeit eine vierprozentige Anleihe in Höhe von 870,000,000 aufnehmen wird, um für alle Eventualitäten Serbien gegenüber gewappnet zu sein. Die Summe soll zur Auffüllung des Kriegsschatzes dienen.

Rußland.

Die gegenwärtige Lage am Balkan beginnt im Hinblick darauf, was sich in jenem Teil des südöstlichen Europa im Frühjahr entwickeln mag, in den amtlichen Kreisen St. Petersburgs ernstliche Befürchtungen zu erregen. Die Beunruhigung nahm im letzten Herbst eine feste Form an, als Bulgarien seine Unabhängigkeit erklärte und Oesterreich-Ungarn die Provinzen Bosnien und Herzegowina annektierte. Seit dieser Zeit hat die Lage im Balkan die Auswärtigen Aemter Europas fast unausgesetzt beschäftigt.

Die in Wien gegenwärtig geführte Zeitungs-Kampagne, welche augenscheinlich den Eindruck erwecken soll, daß Oesterreich-Ungarn von Europa ein Mandat zur Besetzung Serbiens erhalten habe, wird in der russischen Hauptstadt als ein von Baron von Aehrenthal, dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, sorgfältig geplanter diplomatischer Schachzug betrachtet, welcher die öffentliche Meinung im In- und Auslande auf eine Invasion in den benachbarten Königreiche vorbereiten soll. In einigen Kreisen wird erklärt, daß die nächsten paar Monate schon Zeugen der Entwicklung einer sehr gestörten politischen Lage auf der Halbinsel sein würden, falls Oesterreich-Ungarn seine Haltung nicht einschränke. Insbesondere wird auf die vielen, einander widerstrebenden Interessen hingewiesen, welche in dem beunruhigten Gebiete zusammentreffen, das im Süden und Osten Oesterreichs und Ungarns liegt. Man hat sich über die Angelegenheit noch keine formelle Ansicht gebildet, seitens einer sehr maßgebenden Persönlichkeit wurde jedoch erklärt, daß Oesterreich-Ungarn für die Gefährdung des europäischen Friedens verantwortlich gehalten werden müsse, falls es hartnäckig bei seinem gegenwärtigen Kurs bleibe.

Zu weiterem Verlaute lenkte dieselbe Autorität die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß Serbien seit dem vergangenen November keine aggressiven Schritte unternommen und daß es seine Truppen von der Grenze zurückgezogen habe. Andererseits strebe Oesterreich-Ungarn im Begriffe, seine Armee mobil zu machen, verfüge heute über eine starke Streitmacht in Bosnien und der Herzegowina und lange von der Notwendigkeit einer Okkupation zu sprechen an. „Oesterreich-Ungarn, nicht Serbien ist der Feuerbrand von Europa," äußerte sich dieser Diplomat. „Die von Oesterreich-Ungarn gegebenen Versicherungen, daß es im Falle einer Okkupation die territoriale Integrität Serbiens respektieren würde, haben wenig Wert, da Oesterreich-Ungarn ohne Zweifel eine so hohe Entschädigungssumme verlangen würde, daß Serbien finanziell daran zu Grunde ginge. Der Zwang finanzieller Abhängigkeit von Oesterreich-Ungarn würde das Ende der Unabhängigkeit Serbiens bedeuten."

— Seitens des Unterrichts-Ministeriums wurde in der Duma eine Gesetzvorlage eingebracht, welche einen Baufonds für die Errichtung von 148,179 neuen Gemeindeschulen im ganzen Reiche innerhalb zehn Jahren vorsieht. Diese Schulen sollen mit Unterstützung der Regierung von den Provinzialbehörden erbaut und unterhalten werden.

Sobald die Agrar-Debatte beendet ist, wird in der Duma über ein Gesetz, welches den allgemeinen Schulzwang vorsieht, beraten werden.

England.

— Größer als sonst war diesmal der Andrang der Volksmenge in Westminster zur feierlichen Eröffnung des Parlaments durch König Edward, der in Begleitung der Königin, des Prinzen und der Prinzessin von Wales und anderer Mitglieder des Königshauses erschien. Heller Sonnenschein und die Tatsache, daß das Königspaar seit seiner Rückkehr von Berlin zum ersten Male in die Oeffentlichkeit trat, hatten die Massen herausgelockt. Der Weg nach dem Buckingham Palast war von Tausenden besetzt, die das Herrscherpaar begeistert begrüßten, als der Zug nach dem Parlamente, unter Eskorte der Garde, vorüberkam.

Im Saale warteten die Mitglieder beider Häuser und die wenigen, zu der eigentlichen Ceremonie Geladenen mit Spannung auf die Thronrede.

Das Haus war, als der König und die Königin erschienen, mit Peers und deren Damen, Mitgliedern des Unterhauses, Diplomaten und anderen Vertretern des offiziellen und gesellschaftlichen Lebens in London besetzt.

Die Thronrede des Königs begann mit einer liebenswürdigen Erwähnung der Berliner Reise: „Ich war tief und angenehm berührt von der Wärme des der Königin und mir von allen Bevölkerungsklassen der Stadt bereiteten Empfangs," sagte der Monarch, und fuhr fort: „Es hat mir ein großes Vergnügen bereitet, mit dem Deutschen Kaiser und der Kaiserin wieder einmal zusammengetroffen zu sein, und ich vertraue darauf, daß der Ausdruck herzlichen Willkommens, mit welchem wir in Berlin begrüßt worden sind, zur Kräftigung der freundschaftlichen Gefühle dienen wird, welche wesentlich sind für die beiderseitige Wohlfahrt und die Aufrechterhaltung des Friedens."

Im unmittelbaren Anschluß an die Beleuchtung der andauernd freundlichen Auslands-Beziehungen Englands kam der König auf die Wasserstraßen- und Fischereiverträge mit Amerika zu sprechen.

„Befriedigende Fortschritte sind in den Verhandlungen über schwebende Fragen mit den Ver. Staaten zu verzeichnen. Es ist ein Vertrag zur Regulierung der Benutzung der Wasserstraßen an der internationalen Grenzlinie zwischen Canada und den Ver. Staaten aufgesetzt worden. Da diese Fragen besonderes Interesse für Canada haben, ist der Rat der Regierung der Dominion erbeten und in allen Stücken befolgt worden.

„Mein Botschafter in Washington hat ferner unter Mitwirkung des canadischen und des neufundländischen Justizministers ein Abkommen über schiedsgerichtliche Regelung der nordamerikanischen Fischereifragen zu Wege gebracht, und, wie ich hoffe, wird dieses Abkommen zur endgültigen freundschaftlichen Beilegung der zwischen unserem Lande und den Ver. Staaten lange schwebenden Meinungsverschiedenheiten führen."

Nach einer Erwähnung der andauernden Besorgnis gegenüber der Lage in Persien und der „gebieterischen Notwendigkeit" der Schaffung repräsentativer Einrichtungen für dieses Land, hieß es weiter:

„Ich bin glücklich in dem Gedanken, daß die Aussicht auf eine Lösung der in den Balkanländern entstandenen Schwierigkeiten sich jetzt gebessert hat und hoffe ernstlich, daß es zu einer für alle dort interessierten Staaten befriedigenden Lösung kommt."

Ferner erwähnte der König das italienische Erdbeben, die Internationale Marine-Konferenz und schließlich noch den Etat.

Nach Schluß der Eröffnungs-Ceremonien fuhren der König und die Königin wieder nach dem Buckingham Palast. Die ganzen Vorgänge waren durch keinen Zwischenfall gestört worden. Weder die Arbeitslosen noch die Suffragetten versuchten den königlichen Zug zu belästigen, auf der Hin- noch der Rückfahrt.

Während der Zug des Königs in der Gegend von Westminster ein gar glänzendes Bild gab, hat die Nachbarschaft von Oxford Circle die Kehrseite dazu geliefert. Halbverhungerte Frauen und Töchter der Arbeitslosen hatten sich in Zahl von 7000 bis 8000 dort gesammelt und durchzogen die Straßen des Westend. Voran marschierte eine Kapelle, welche die Marseillaise spielte. Während des Umzugs wurden die Schaufenster einiger Juweliere in Oxford Street eingeschlagen, doch war die Polizei mit so starkem Aufgebot zur Stelle, daß nichts gestohlen wurde.

— Die Admiralität hat eine interessante Ankündigung erlassen. Der Admiral Lord Charles Beresford, Oberbefehlshaber des Kanalgeschwaders, wird am 24. März sein Kommando niederlegen, da an diesem Tage das Kanalgeschwader als solches verschwindet. Von jetzt an werden die hauptsächlichsten Schiffe dieses Geschwaders unter dem Befehl des Vizeadmirals Archbald Berkeley Milne, der nun Zweiter im Kommando des Kanalgeschwaders ist, die zweite Division der Hauptflotte, unter dem Oberbefehl des Vize-Admirals Sir William H. May, zweiter Admirallord, bilden.

Es heißt, daß dies die Ausscheidung des Lord Beresford aus dem Dienst bedeutet und daß er mit halbem Gehalt in den Ruhestand versetzt wird. Unter gewöhnlichen Verhältnissen hätte der Admiral den Befehl über das Kanalgeschwader noch ein Jahr behalten und wäre dann mit Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst geschieden. Die Regierung beschloß jedoch, die besten Schiffe der Flotte unter dem Befehl des Vize-Admirals May für die Verteidigung in heimischen Gewässern zu gruppieren.

— Nachdem die Rettungsarbeiten in dem Schacht der Kohlengrube zu West Stanley, wo am Dienstag Nachmittag eine verhängnisvolle Explosion erfolgte, durch die beinahe 200 Bergleute verschüttet wurden, während der ganzen Nacht unermüdlich fortgesetzt worden, wurde die Mine bis zum zweiten Stollen gereinigt, wo man am Mittwoch Morgen noch dreißig Mann am Leben fand. Die meisten von ihnen sind schwer verletzt.

Die Gewalt der Explosion war so fürchterlich, daß, obschon der Stollen, wo die Explosion stattfand, 840 Fuß tief ist, die Flammen noch 50 Fuß hoch über die Einfahrt des Schachtes hinausschossen.

Die Rettungsmannschaft erreichte am Mittwoch Nachmittag den unteren Stollen, ohne ein weiteres Zeichen von Leben anzutreffen, dagegen fanden sie eine Anzahl Leichen von Kohlengräbern, die jedenfalls den Gasen zum Opfer gefallen.

Nur 37 von 147 Leuten, die sich zur Zeit der Explosion in dem Schacht befanden, wurden lebend an die Oberfläche gebracht.

Portugal.

— Obgleich die Nachricht in amtlichen Kreisen nicht bestätigt wird, behauptet doch die ganze Presse in Portugal, daß die Zusammenkunft der beiden Könige Alfonso und Manuel hauptsächlich den Zweck hatte, die Verlobung König Manuels mit Prinzessin Beatrice, der Tochter des verstorbenen Herzogs von Edinburgh und Nichte König Edwards, zustande zu bringen. Diese Heirat würde nicht nur von der gesamten portugiesischen Königsfamilie durchaus gebilligt, sondern würde auch im ganzen Lande sehr gerne gesehen werden. Die Zeitungen erklären, daß sie die Bande der Freundschaft zwischen Großbritannien und Portugal in großem Umfang befestigen und den britischen Einfluß auf der ganzen Halbinsel verstärken würde.

Dem von Sir Francis H. Villiers, dem britischen Gesandten in Portugal, zu Ehren König Manuels gegebenen Bankett und Ball wird große Bedeutung beigelegt. Man sieht in dem Bankett einen Beweis, der das Gerücht einer näheren Vereinigung der beiden Länder durch eine Heirat bestätigt, trotzdem dies amtlich geleugnet wird. Man nimmt außerdem an, daß die Monarchenzusammenkunft eine Allianz zwischen Spanien und Portugal bezweckte, mit Zustimmung König Edwards.

Türkei.

— Infolge eines starken Erdbebens sind viele Häuser und die Regierungsgebäude in Siwas, der Hauptstadt des gleichen Vilajets in der asiatischen Türkei, eingestürzt. Der Verlust von Menschenleben ist in seinem ganzen Umfange noch nicht festgestellt, doch die vorliegenden Nachrichten melden, daß dreißig Personen getötet und eine Anzahl verletzt wurden. Viele Bewohner sind obdachlos.

Die Stadt Siwas, am Ufer des Kizil-Irmak gelegen, hat 43,000 Einwohner, einen beträchtlichen Handel, Bazare, Baumwollweberei und Färbereien.

Italien.

— Das internationale Komite hat beschlossen, die Summe von $2,500,000 für die Gründung von 10 Waisenhäusern zu verwenden, von denen jedes hundert Kinder aufnehmen kann, so daß für tausend in schwerer Not befindliche Kinder gesorgt ist. Die Ver. Staaten sind bisher das einzige Land, welches durch das von der Rote Kreuz-Gesellschaft dargebrachte Geschenk die Kosten für die Errichtung einer dieser zehn Anstalten gedeckt hat.

Persien.

— Am Mittwoch traf die Meldung in Teheran ein, daß das heftige Erdbeben, das in allen Observatorien der Welt, die Seismographen haben, am 23. Januar verzeichnet wurde, in der Provinz Luristan im westlichen Persien stattfand. Sechzig Dörfer in diesem Distrikt wurden ganz oder teilweise zerstört, und der Verlust an Menschenleben wird auf 5000 bis 6000 geschätzt.

Luristan liegt östlich von Bagdad und halbwegs zwischen dem kaspischen Meer und dem persischen Golf.

Mexiko.

— Zwischen 250 und 300 Personen wurden verbrannt, und viele andere verletzt beim Brande des Flores-Theaters in Acapulco. Die Katastrophe trug sich am Sonntag Abend zu, jedoch kamen die Nachrichten erst am Montag Nachmittag nach der Hauptstadt, da die telegraphische Verbindung mit Acapulco unterbrochen war, weil das neben dem Theater gelegene Telegraphenamt auch abbrannte.

Das Theater war ein Holzbau und am Sonntag Abend wohnten der Vorstellung gegen tausend Besucher bei. Das Haus war überfüllt, da zu Ehren des Gouverneurs Damian Flores vom Staate Guerrero eine Festvorstellung stattfand. Eine der Programm-Nummern war eine Reihe beweglicher Bilder, und während diese im Gange waren, fing ein Film Feuer, und dieses teilte sich sofort einer in der Nähe befindlichen Dekoration mit. In unglaublich kurzer Zeit verbreitete sich das Feuer über das ganze Haus, das nur drei enge Ausgänge hatte. In der Panik der Flucht wurden viele Personen zu Boden getreten, und ihre Leichen versperrten die Ausgänge.

Vereinigte Staaten.

— In einem dem Kongreß unterbreiteten Schreiben ersucht Generalanwalt Bonaparte um die Bewilligung von $100,000 für die Durchführung der Antitrustgesetze im Jahre 1910. Gleichzeitig ersucht er, die während des laufenden Jahres nicht verbrauchten Mittel für diesen Zweck, mit denen er sich ursprünglich hatte begnügen wollen, auch für das nächste Jahr zu seiner Verfügung zu lassen.

— Wir bitten unsere Leser, gefälligst den roten Streifen auf ihrer Zeitung betrachten zu wollen. So bedeutet 1. 1. 08, daß die Zeitung vom 1. Januar 1908 ab zugesandt, aber noch nicht bezahlt wurde, 1. 1. 09, daß sie bis zum 1. Januar 1909 bezahlt ist, 1. 1. 10 bis zum 1. Januar 1910. Sollten sich nun irgend welche Irrtümer in die Daten eingeschlichen haben — denn Irren ist menschlich —, bitten wir unsere Leser, uns dies recht bald wissen zu lassen, damit wir die eventuellen Irrtümer sofort abstellen können.

— Wir bitten unsere Leser, bei Einkäufen in Geschäften, die bei uns annoncieren, auch stets die Zeitung zu erwähnen.

Farm-Ländereien zu verkaufen,
Feuerversicherung. Geld zu verleihen.

— Habe in —
Laird und Waldheim Zweig-Geschäfte
eröffnet und führe daselbst ein vollständiges Lager von
Bauholz und Kohlen.
W. B. Bashford, Rosthern
Vertreter der Canada Permanent Mortgage Corporation.

Reid & Haddock, Reginas Fischladen.
Phone 798, gegenüber dem „Leader", Hamilton-Str.
Frisch
Lachs, Hailbutte, Forellen, Hechte, Schellfisch, Goldaugen, Seehäringe, Steinfisch, Haddocks, Lake Superior Häringe, Garnelenkrebse, Hummer.
Geräuchert
Geräucherte Häringe, Geräucherte Schellfische, Geräucherte Goldaugen, Eingelegte Häringe.
Gesalzen — Makrelen, Häringe. | | Alle Sorten Büchsenfische.
Butter und Eier. Salat, Zwiebeln und Peterselie.
Truthühner, Hühner und Enten.
Austern. Prompte Ablieferung nach allen Teilen der Stadt.

F. W. Klein . . Quinton
Pioneer Merchant.
Groceries Dry Goods Hardware
Dem geehrten Bewohnern von Quinton und Umgegend zur gefälligen Nachricht, daß ich vom heutigen Tage ab meinen
Vorrat in Wintersachen um 10 %
unter dem gewöhnlichen Preise verkaufe.
Gleichzeitig bringe meine andern Waren, alles Erste Qualität, in empfehlende Erinnerung. Hochachtend
F. W. Klein.

Häute und Felle
senden Sie am besten an
F. W. Kuhn, Sherbrooke Str. 456
Winnipeg, Man., P. O. Box 991
zum Verkauf.
Ich zahle die höchsten Preise und rechne prompt ab.
Sollten Ihnen meine Preise nicht genügen, so sende ich Ihnen die Waren auf eigene Kosten zurück. Es empfiehlt sich, Häute per Fracht und Felle per Expreß zu schicken; kleine Sendungen gehen am besten per Post. Schreiben Sie mir eine Postkarte und ich schicke Ihnen meine Preisliste, welche die Preise für die verschiedenen rohen Felle enthält, desgleichen sende ich Ihnen Karten zum Adressieren der Sendungen. Ich wünsche die grünen Felle unabgezogen, ich kann dann einen besseren Preis zahlen, weil Felle durch falsches Abziehen oft verdorben werden.
Ich zahle sämtliche Fracht- und Expreß-Kosten.

Bestellzettel.

Unterzeichneter bestellt hiermit den Saskatchewan Courier bis zum 1. Januar 1910.....

Name: .....

Datum.....

Post-Office .....

Saskatchewan Courier Publ. Co., Regina.